

# Inhaltsverzeichnis

A.	Einführung	13
B.	Teil 1: Die riskante Lebendorganspende: Der Regelungsgehalt des § 8 Abs. 1 Nr. 1 lit. c TPG und die Opfergrenze	15
I.	Einleitung	15
II.	§ 8 Abs. 1 Nr. 1 lit. c TPG im Einzelnen	16
	1. Die Spendereignung nach ärztlicher Beurteilung	17
	2. Gefährdung über das Operationsrisiko hinaus	19
	a) Die Existenz eines starren, allgemeinen Operationsrisikos	20
	b) Stellungnahme	22
	3. Keine schwere, gesundheitliche Beeinträchtigung über die unmittelbaren Folgen der Entnahme hinaus	23
	a) Strafrechtliche Grenzen der riskanten Lebendorganspende	24
	b) Stellungnahme und Zwischenergebnis	26
	4. Die Reichweite des § 216 StGB als absolute Grenze der Organspende	28
	5. Ergebnis und Stellungnahme	33
III.	Die zivilrechtliche Seite einer riskanten Lebendspende	35
	1. Vertragsnatur und Einleitung	35
	2. Anwendbarkeit der §§ 134, 138 BGB	36
	a) Verstoß gegen § 134 BGB	36
	b) Verstoß gegen § 138 Abs. 1 BGB	37
	(1) Verstoß aufgrund des Inhalts des Rechtsgeschäfts	37
	(2) Verstoß aufgrund des Gesamtcharakters des Rechtsgeschäfts	38
	(a) Kein medizinischer Nutzen für den Spender	39
	(b) Risiko des Todes und schwerer gesundheitlicher Schädigung	39
	(c) Inkaufnahme von außergewöhnlichen Belastungen beim Spender und Risiko-Nutzen-Relation	39
	(d) Die Belastung gegenüber der Allgemeinheit	40
	(e) Ärztliches Berufsethos	41
	3. Ergebnis	43

C.	Teil 2: Die Lebendorganspende bei Minderjährigen	45
I.	Einleitung	45
II.	Die Organspende vor Einführung des TPG	45
	1. Eingriffe bei Erwachsenen vor Einführung des TPG	45
	2. Eingriffe bei Minderjährigen vor Einführung des TPG	48
III.	Die aktuelle Gesetzeslage bezüglich der Organspende Minderjähriger	49
	1. Gegen ein Zulassen von Lebendorganspenden einwilligungsfähiger Minderjähriger	50
	2. Für ein Zulassen von Lebendorganspenden einwilligungsfähiger Minderjähriger	51
	3. Stellungnahme und gesetzlicher Lösungsvorschlag	52
	4. Stellvertretende Einwilligung bei einwilligungsfähigen und einwilligungsunfähigen Jugendlichen	57
IV.	Möglicher Ausweg aus dem Paternalismus des § 8 Abs. 1 Nr. 1 lit. a Alt. 1 TPG auch ohne Einführung einer Ausnahmeregelung	57
	1. Ästhetische Eingriffe bei Minderjährigen	58
	2. Body Integrity Identity Disorder (BIID)	61
	3. Geschlechtsangleichende Operationen	63
	a) Intersexualität	64
	b) Transsexualität	64
V.	Ergebnis und Stellungnahme	68
D.	Teil 3: Die Knochenmarkspende von Minderjährigen und das Kindeswohl gemäß § 1627 BGB	71
I.	Einleitung	71
II.	Die medizinischen Aspekte einer Knochenmarkentnahme	71
III.	Die rechtliche Differenzierung der verschiedenen Methoden	74
	1. Die Nabelschnurblutentnahme	74
	2. Periphere Blutstammzellentnahme	74
	3. Die klassische Knochenmarkentnahme	77
	a) Die frühere Rechtslage	77
	b) Die heutige Rechtslage nach Einführung des § 8a TPG	79
	c) Die amtlichen Gründe für die Einführung des § 8a TPG	80
	d) Die Heilhilfe durch einwilligungsunfähige Minderjährige: Die Rechtfertigung für das Begründungsmodell	81
IV.	Die problematischen Regelungen des § 8a TPG im Einzelnen	85
	1. Das Kindeswohl in § 8a Nr. 4 TPG	85
	2. Zwischenergebnis und Stellungnahme	90
	3. Der widersprüchliche Ausschluss von nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen	92

4.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	94
5.	Das Mitbestimmungsrecht des Minderjährigen nach § 8a Nr. 5 TPG und das Vetorecht der Minderjährigen nach § 8a Nr. 4 TPG	96
a)	Das Mitbestimmungsrecht des einwilligungsfähigen Minderjährigen nach § 8a Nr. 5 TPG	98
b)	Das Vetorecht des einwilligungsunfähigen Minderjährigen nach § 8a Nr. 4 TPG	100
(1)	Die Ablehnung der beabsichtigten Entnahme	101
(2)	Die Ablehnung der beabsichtigten Verwendung	102
(3)	Die Ablehnung in sonstiger Weise zum Ausdruck bringend	103
(4)	Beachtlichkeit des Vetos	105
6.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	106
V.	Ergebnis	109
E.	Teil 4: Die versicherungsrechtliche Absicherung des Spenders und die Kostenfrage bei der riskanten Organspende	111
I.	Einleitung	111
II.	Das System des Sozialversicherungsrechts in Deutschland	113
III.	Die finanzielle Absicherung des potentiellen Spenders	115
1.	Die generelle Leistungspflicht bei der Vornahme einer Organtransplantation	116
2.	Die Kosten der ärztlichen Voruntersuchungen	118
a)	Bei gesetzlich krankenversichertem Organempfänger	118
(1)	Gründe außerhalb einer Einflussmöglichkeit des Spenders	118
(2)	Gründe mit Einflussmöglichkeit des Spenders	119
b)	Bei privat krankenversichertem Organempfänger	121
c)	Bei nicht krankenversichertem Organempfänger	122
3.	Die Kosten des gutachterlichen Vorgesprächs	123
4.	Die Fahrt- und Reisekosten zu Voruntersuchung und gutachterlichem Vorgespräch	125
5.	Die Kosten bei Unglücksfällen zu Vorgesprächen (Wegeunfälle)	127
6.	Zwischenergebnis	129
IV.	Die finanzielle Absicherung des Spenders	130
1.	Unkomplizierte Organentnahme	131
a)	Verdienstaustausch	131
(1)	Eintrittspflichtige Stelle	131
(a)	Eintrittspflicht des Arbeitgebers	132
(b)	Eintrittspflicht der Krankenkasse des Organspenders	134
(c)	Eintrittspflicht der gesetzlichen Unfallversicherung	137

(d) Eintrittspflicht des Organempfängers	137
(e) Eintrittspflicht der Krankenkasse des Organempfängers	139
(f) Die Erstattungspraxis in Deutschland	141
(2) Höhe des Verdienstausfalles	141
b) Nachbetreuung	142
(1) Die unmittelbaren Kosten der Nachbetreuung	142
(2) Die Fahrtkosten und der Selbstbehalt bei der Nachbetreuung	145
(3) Die unfallrechtliche Absicherung bei Nachbetreuung (Wegeunfälle)	146
c) Zwischenergebnis	147
2. Komplizierte Organentnahme	148
a) Die Leistungspflicht der Krankenkasse des Empfängers bei Komplikationen	151
b) Die Leistungspflicht der Krankenkasse des Spenders bei Komplikationen	152
c) Die Leistungspflicht der gesetzlichen Unfallkasse bei Komplikationen	154
(1) Der Spender als gesetzlich Unfallversicherter nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 lit. b SGB VII	154
(2) Die Komplikation als Arbeitsunfall nach § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII	155
d) Zwischenergebnis	158
3. Sonstige Folgen	159
a) Private Krankenversicherung des Spenders	159
(1) Vor Abschluss einer privaten Krankenvorsorge	159
(2) Nach Abschluss einer privaten Krankenvorsorge	160
b) Sonstige private Versicherungen des Spenders	161
c) Kündigung des Arbeitgebers wegen Leistungsminderung	162
d) Berufliche Zukunft	164
e) Zwischenergebnis	165
4. Knochenmarkspende durch einwilligungsunfähige Minderjährige	166
V. Die finanzielle Situation in den Sonderfällen der riskanten Organspende	168
1. Einleitung	168
2. Fall 1: Die riskante Organspende	168
3. Fall 2: Spende der einzigen Niere	170
a) Unterfall 1: Spender und Empfänger sind bei demselben Versicherungsträger versichert	171
(1) Die Kosten der Transplantation	172

(2) Die absehbaren Folgekosten der Transplantation (insbesondere der Dialysebehandlung)	173
b) Unterfall 2: Spender und Empfänger sind bei unterschiedlichen Versicherungsträgern versichert	176
4. Zwischenergebnis	177
VI. Ergebnis	178
F. Teil 5: Die Aufklärungspflicht des Arztes über die versicherungs- rechtliche Absicherung nach § 8 Abs. 2 S. 5 TPG und die sonstigen Umstände nach § 8 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 TPG	181
I. Einleitung	181
II. Die Aufklärung	181
1. Aufklärung über gesundheitliche Risiken	181
2. Aufklärung über die versicherungsrechtliche Absicherung der gesundheitlichen Risiken nach § 8 Abs. 2 S. 5 TPG	182
a) Aufklärung über die versicherungsrechtliche Absicherung	182
b) Aufklärung über sonstige mittelbare Folgen	186
c) Die Reichweite der ärztlichen Aufklärungspflichten	187
3. Die Aufklärung über sonstige Umstände nach § 8 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 TPG	188
a) Sonstige Umstände	188
b) Erkennbarkeit	189
c) Beweislast	190
4. Die versicherungsrechtliche Aufklärung in der Praxis	191
a) Die Niederschrift der Aufklärung	192
(1) Vorformulierte Niederschriften	192
(2) Der Inhalt der vorformulierten Niederschriften	193
b) Das persönliche Aufklärungsgespräch	195
5. Zwischenergebnis	195
III. Die Folgen einer fehlerhaften Aufklärung (Arzthaftung)	196
1. Strafrechtliche Folgen	196
a) Verstoß gegen Formvorschriften	196
b) Verstoß gegen materielle Aufklärungspflichten	197
(1) Unzureichende Aufklärung über versicherungsrechtliche Folgen nach § 8 Abs. 2 S. 5 TPG	197
(2) Unzureichende Aufklärung über sonstige Umstände nach § 8 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 TPG	200
c) Zwischenergebnis	202
2. Zivilrechtliche Folgen	202
a) Verstoß gegen Formvorschriften	203

b) Verstoß gegen materielle Aufklärungspflichten	204
(1) Unzureichende Aufklärung über versicherungsrechtliche Folgen nach § 8 Abs. 2 S. 5 TPG	205
(2) Unzureichende Aufklärung über sonstige Umstände, denen der Spender nach § 8 Abs. 2 S. 5 TPG erkennbar eine Bedeutung beimisst	208
c) Zwischenergebnis	210
IV. Die Überforderung des Arztes zur versicherungsrechtlichen und sonstigen Aufklärung	211
1. Überforderungssituation	211
2. Aufklärung als ärztliche Aufgabe und Delegation an andere sachverständige Personen	212
3. Aufgabe des Transplantationszentrums	213
4. Aufgabe des Gesetzgebers	214
V. Ergebnis	215
G. Fazit der Arbeit und Thesen	217
I. Fazit	217
II. Thesen	217
H. Anhang	221